

Bildung darf nicht warten

Analyse des deutschen Beitrags zur Förderung von Bildung in Krisen und Konflikten

Weltweit können rund 75 Millionen Kinder nicht zur Schule gehen, weil sie in Krisen- oder Konfliktgebieten leben. Ihr Bildungsweg wird oft für Jahre unterbrochen. Kindern auf der Flucht, insbesondere Mädchen und Kindern mit Behinderungen, bleibt der Zugang zu Bildung überdurchschnittlich oft verwehrt. Die Globale Bildungskampagne (GBK) geht in ihrer aktuellen Studie „Bildung darf nicht warten“¹ der Frage nach, wie die Bundesregierung auf diese Situation reagiert und welche konkreten Maßnahmen im Bereich Bildung in Krisen und Konflikten ergriffen werden.

Fazit der Studie und Forderungen der GBK:

Bildung darf nicht warten

- Bildungsangebote helfen Kindern in Krisen- oder Konfliktregionen, schlimme Erlebnisse zu verarbeiten, stellen eine gewisse Normalität wieder her und bieten emotionalen Halt und Schutz. Bildung, die sensibel mit den Gründen von Konflikten umgeht, kann Frieden schaffen und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe.
- Kinder, die nicht in die Schule gehen, sind einem höheren Risiko ausgesetzt, Opfer von Ausbeutung, Gewalt, sexuellen Übergriffen, Kinderarbeit und Zwangsverheiratung zu werden oder als Kindersoldaten rekrutiert zu werden.

¹ Die Studie entstand im Auftrag der Globalen Bildungskampagne (GBK). Autorinnen der Studie sind Heidrun Ferrari und Britta Schweighöfer. Die Arbeit an der Studie begann im Mai 2016. In die Studie sind u.a. eine Literaturrecherche, die Auswertung von Daten aus dem Büro der Vereinten Nationen zur Koordinierung der humanitären Hilfe (*UN-OCHA Financial Tracking Service*) und aus der OECD-DAC Datenbank sowie die Auswertung von insgesamt 14 qualitativen Interviews eingegangen.

- Krisen und Konflikte verschärfen Ungleichheiten im Zugang zu Bildung, sowohl zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen als auch zwischen den Geschlechtern. Dies führt wiederum zu einem erhöhten Konfliktrisiko – ein Teufelskreis entsteht.
- Die von Krisen betroffenen Kinder und Jugendlichen selbst messen Bildung einen hohen Stellenwert zu. Dieser findet aber noch keine ausreichende Beachtung durch die klassischen Akteure der humanitären Hilfe.
 - Bildung sollte zu einem Schwerpunkt in der humanitären Hilfe, Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden.

Bildung ist chronisch unterfinanziert und wird in der humanitären Hilfe vernachlässigt

- Weltweit werden nur ca. zwei Prozent der Mittel für humanitäre Hilfe in Bildung investiert, obwohl der Bedarf ungleich größer ist: Die Finanzierungslücke für Bildung in humanitären Krisen beläuft sich jährlich auf rund 8,5 Milliarden US-Dollar.
- Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit nennt der Koalitionsvertrag Bildung als Schwerpunktthema der Bundesregierung. Tatsächlich aber werden – gemessen am Bedarf – viel zu wenig Mittel für Bildung, vor allem zu wenig für Grundbildung, bereitgestellt.
- Im Jahr 2016 sind im Vergleich zu den Vorjahren mehr Mittel für Bildung in Krisen und Konflikten zugesagt worden, diese sind allerdings geographisch sehr ungleich verteilt und beschränken sich vor allem auf die Region rund um Syrien.
- Multilaterale, gut koordinierte Initiativen, die auch die Empfängerländer zu Bildungsförderung verpflichten, wie die *Globale Bildungspartnerschaft* und *Education Cannot Wait*, werden von der Bundesregierung unzureichend oder gar nicht unterstützt.
 - Die Bundesregierung sollte sich verpflichten, zehn Prozent ihrer ODA-Mittel (Official Development Assistance) für Grundbildung und mindestens acht Prozent ihrer Mittel der humanitären Hilfe für Bildung zu verwenden.
 - Die Bundesregierung sollte die Aufbauphase der globalen Initiative *Education Cannot Wait* konstruktiv mitgestalten und den neuen Hilfsfonds mit mindestens 50 Millionen Euro jährlich unterstützen.

Bildung sollte ressortübergreifend gefördert und besser koordiniert werden

- Bildungsförderung außerhalb Deutschlands ist bisher fast ausschließlich in der Entwicklungszusammenarbeit verortet. Diese klassische Zuordnung wird aber den wachsenden Herausforderungen bei Krisen und Konflikten nicht gerecht.
- Bessere institutionelle Koordinierung der für Bildungsförderung in der internationalen Zusammenarbeit relevanten Ressorts und mehr Transparenz der Mittelvergabe sind dringend nötig.
 - Die Förderung von Bildung sollte auch Teil der Aufgaben des Auswärtigen Amtes werden. Gleichzeitig muss die Abstimmung mit den anderen Ressorts, vor allem mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), systematisiert werden.

Die Globale Bildungskampagne (GBK) ist Teil der Global Campaign for Education (GCE), einem internationalen Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und Bildungsgewerkschaften, das sich für die Verwirklichung des Menschenrechts auf gute, gebührenfreie, qualitativ hochwertige und inklusive Bildung für alle Menschen weltweit einsetzt. Die GCE ist in ca. 100 Ländern aktiv.

Die Mitgliedsorganisationen der Globalen Bildungskampagne in Deutschland:

Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V. (CBM) • Don Bosco Mission • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) • Kindernothilfe e.V. • Oxfam Deutschland e.V. • Plan International Deutschland e.V. • Save the Children Deutschland e.V. • Deutsches Komitee für UNICEF e.V. • Deutsche Welthungerhilfe e.V. • World University Service – Deutsches Komitee e.V. • World Vision Deutschland e.V.